

Viola Neu

Die Bundestagswahl 2013 – Analyse einer Umfrage

1. Die Anhängerschaften der Parteien

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat zwischen dem 23. September und dem 07. Oktober 2013 mit TNS Emnid eine telefonische Befragung von 2.550¹ Wahlberechtigten durchgeführt. Ziel der Umfrage war es, politische Einstellungsmuster zu erfragen und die Zusammensetzung der Anhängerschaften von Parteien zu erforschen. Nachwahlumfragen sind besonders geeignet, Haltungen zu Parteien zu erforschen, da Wählern politische Einstellungen infolge des Wahlkampfes besonders präsent sind. Daher unterscheiden sich Umfragen, die unmittelbar nach einer Bundestagswahl stattfinden, von Umfragen, die während der Legislaturperiode erhoben werden. Da Bundestagswahlen in der Bevölkerung als politisch sehr wichtig gelten, ist das politische Interesse besonders hoch. Dies führt auch zu einer (meist nur kurzfristig) wirksamen Verbesserung der politischen Kenntnisse². So konnten 59 Prozent der Wahlberechtigten richtig angeben, welche der beiden Stimmen die entscheidende ist. 27 Prozent nannten jedoch auch unmittelbar nach der Wahl fälschlicherweise die Erststimme. Vor allem Wähler der Grünen waren mit einem Anteil von 76 Prozent überdurchschnittlich gut informiert. Unterdurchschnittliche Kenntnisse hatten Nichtwähler, von denen 47 Prozent die Zweitstimme als die wichtigste Stimme für die Sitzverteilung identifizierten. Erfahrungsgemäß geht der Anteil richtiger Nennungen im Laufe der Legislaturperiode wieder zurück, da Kenntnisse über das Wahlrecht wohl nicht zum dauerhaften Wissen der Bürger gehören.

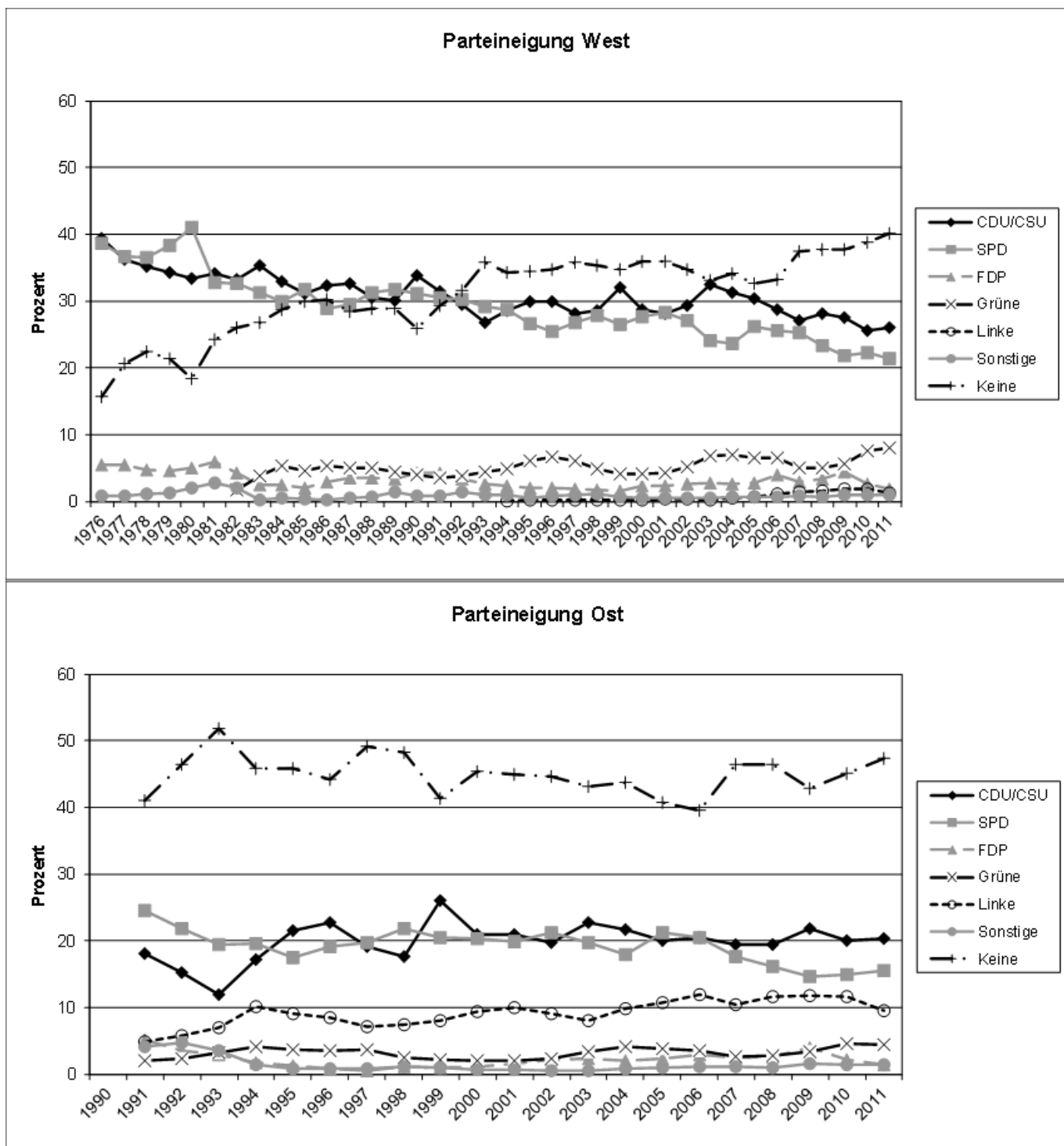
In den letzten Jahren hat die Frage der Zusammensetzung der Wählerschaften nach Stamm- und Wechselwählern eine verbreitete Auseinandersetzung gefunden. Zu den Stammwählern rechnet man Wähler, die über eine langfristige Bindung an Parteien verfügen (sogenannte Parteiidentifikation). Wer eine Parteiidentifikation hat, neigt seltener zur Nicht- oder zur Wechselwahl. Generell wird bei Bundestagswahlen die langfristige Parteiidentifikation aktiviert, so dass

¹ Darin war auch eine Überquote von 500 Wählern der Grünen enthalten.

² Aufgrund des geänderten Wahlrechts, ist ein Vergleich zu früheren Umfragen nicht möglich.

hier regelmäßig die höchsten Werte gemessen werden. Allerdings erkennt man an der Zeitreihe der Forschungsgruppe Wahlen (s. Abbildung 1), dass der Anteil derjenigen, die keine Parteiidentifikation haben, mittlerweile zur größten Gruppe angewachsen ist. Während in den 70er Jahren etwa jeder sechste Wähler über keine Parteineigung verfügte, haben mittlerweile etwa 40 Prozent der Wähler keine Parteiidentifikation. Seit den 70er Jahren ist der Anteil der Wähler ohne Parteiidentifikation in den alten Ländern stetig angewachsen. Mittlerweile ist das Niveau in Ost- und Westdeutschland etwa gleich hoch.

Abbildung 1



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer. Aktuellere Zeitreihen stehen noch nicht zur Analyse zur Verfügung.

In der Umfrage der KAS³ spiegelt sich die Aktivierung der Parteiidentifikation im Rahmen der Bundestagswahl wider. Nur 34 Prozent der Wahlberechtigten nennen keine Partei. 30 Prozent nennen eine der Unionsparteien und 20 Prozent die SPD. Die Grünen werden von 7 Prozent, die Linke von 4 Prozent und die FDP von 2 Prozent genannt. Da die Parteieneigung im Laufe des Lebens erworben und

³ Berichtet werden nur die Ergebnisse der telefonischen Befragung. Eine Auswertung der Unterschiede zwischen der Online- und der telefonischen Befragung erfolgt gesondert.

verfestigt wird, hat die Union aufgrund der Altersstruktur ihrer Wähler einen Vorteil. Vor allem jüngere Wähler haben keine langfristige Bindung an Parteien: In der Altersgruppe der 18-29-Jährigen geben 45 Prozent keine längerfristige Bindung zu erkennen, in der Altersgruppe der über 60-Jährigen beträgt der Anteil 24 Prozent. Bei den über 60-Jährigen haben 40 Prozent eine Parteiidentifikation zugunsten der Union, bei den bis 29-jährigen Wahlberechtigten sind es 21 Prozent. Das ist übrigens der größte Anteil an Parteiidentifizierern bei den jüngeren Wählern. Selbst die Grünen kommen nur auf einen Wert von 6 Prozent.

Wenn eine Parteiidentifikation vorhanden ist, führt dies zu einer positiven Wahrnehmung der eigenen Partei, nach dem Muster „right or wrong, my party“. 87 Prozent der Unions-, 84 Prozent der Grünen- und 79 Prozent der SPD-Anhänger stimmen der Aussage zu: „Mir gefällt zwar nicht alles, was (die jeweils genannte Partei) macht, aber meistens bin ich mit ihr zufrieden“. Diese allgemeine Orientierung an eine Partei und die generelle Zufriedenheit mit ihr wird in der Begründung für eine Parteiidentifikation am häufigsten genannten (77 Prozent). Trotz vorhandener Parteiidentifikation fällt die Orientierungsfunktion der Parteien schwach aus. Insgesamt 49 Prozent stimmen der Aussage zu: „Die Standpunkte (der jeweils genannten Partei) helfen mir, mich in der Politik zurechtzufinden“. Bei den Anhängern der Union ist der Wert mit 56 Prozent noch am höchsten. Auch die emotionale affektive Komponente spielt bei den Parteiidentifizierern eine untergeordnete Rolle. 47 Prozent stimmen der Aussage zu, dass sie sich der Partei eng verbunden fühlen. Auch hier erhält die Union zwar die höchste Zustimmung, aber mit 56 Prozent ist auch diese Haltung nicht weit verbreitet.

Auch wenn die Union gegenüber den anderen Parteien leichte Vorteile bei parteigebundenen Wählern hat, besitzt ein hoher Anteil aller Wahlberechtigten nicht nur eine Option bei den Wahlen. Insgesamt haben 41 Prozent der Wahlberechtigten eine Zweitpräferenz, vor allem jüngere Wähler und Wähler mit hoher Bildung. Von den 41 Prozent der Wähler mit einer Zweitpräferenz nennen 10 Prozent die Union, 18 Prozent die SPD, 26 Prozent die Grünen, 9 Prozent die Linke und jeweils 8 Prozent die FDP und die AfD. Bei denjenigen, welche die Union bei der Bundestagswahl unterstützt haben, gibt es nur schwache lagerspezifische Zweitpräferenzen. So hätten 29 Prozent für die SPD, 22 Prozent für die FDP und 19 Prozent für die Grünen votieren können. Bei den SPD-Wählern ist eine stärkere Orientierung innerhalb des rot-grünen-Lagers sichtbar. 61 Prozent derjenigen mit einer Zweitpräferenz, die bei der Bundestagswahl für die SPD stimmten, hätten auch die Grünen wählen können; für 15 Prozent war die Union und für 14 Prozent die Linke wählbar.

Schon in den ersten Studien zum Wahlverhalten wurde deutlich, dass Menschen, die unterschiedlichen Einflüssen ausgesetzt sind, zur Wechselwahl neigen (sogenannte „Cross-Pressure“-Situation). Daher haben wir versucht herauszufinden, wie das politische Umfeld der Befragten wahrgenommen wird. Gerade einmal 29 Prozent sagen: „Die meisten Menschen in meiner Umgebung denken so wie ich“ (Wähler der Unionsparteien: 34 Prozent). Damit ist die

Mehrheit der Wahlberechtigten von Menschen umgeben, die politisch anders denken.

Generell profitieren die Volksparteien noch von habituellem und traditionellem Wahlverhalten, wenn auch auf niedrigem Niveau. So sagen 35 der Unions- und 38 Prozent der SPD-Wähler „Ich wähle eigentlich schon immer die Partei, die auch in meinem Elternhaus gewählt wurde“. Insgesamt trifft dies nur auf 25 Prozent aller Wahlberechtigten zu.

Mit einer anderen Fragestellung wollten wir genauer herausfinden, welche Prägung vom Elternhaus ausgeht. Daher haben wir gefragt, zu welcher Partei (bzw. Parteien) der Vater und die Mutter neig(t)en. Für die Volksparteien zeigt sich, dass etwa die Hälfte der Wähler angaben, dass der Vater/die Mutter die gleiche Partei präferierten wie man selbst. Bei den Grünen- und FDP-Wählern ist dies anders. Etwa 80 Prozent dieser Wähler stammen aus Elternhäusern, bei denen eine andere politische Neigung vorliegt. Von den Grünen neigten 31 Prozent der Väter der Union und 38 Prozent der SPD zu. Von den Müttern neigten 29 Prozent zur Union und 40 Prozent zur SPD. Von den FDP-Wählern neigten 55 Prozent der Väter zur Union und 14 Prozent zur SPD. Die Mütter der FDP-Wähler neigten zu 46 Prozent zur Union und zu 17 Prozent zur SPD.

Bei den Parteisympathien sieht man eine klare Polarisierung nach traditionellen politischen Lagern: Rot-Grün und Schwarz-Gelb hegen wechselseitige Sympathien.

Normalerweise findet sich dieser Effekt auch bei der Beurteilung der politischen Kandidaten wider. Doch gibt es von diesem Trend eine Ausnahme. Angela Merkel erhält von (fast) allen Anhängerschaften positive Werte.

Beurteilung verschiedener Politiker Anhänger von ...

	Durchschnitt	CDU/CSU	SPD	Grüne	FDP	Linke	AfD	Piraten	NPD	FW	Sonst.	k.A., Nichtwähler
Angela Merkel	2,0	3,9	0,7	1,0	3,3	0,7	-0,2	0,8	1,6	1,9	1,6	1,4
Peer Steinbrück	0,5	-0,5	2,6	1,4	0,9	0,6	0,7	-0,6	-2,5	-0,3	-0,2	0,1
Rainer Brüderle	-1,2	-0,4	-2,0	-2,6	1,2	-2,5	-1,6	-0,8	-3,2	-2,3	-2,9	-1,0
Gregor Gysi	0,1	-1,1	0,6	0,8	-0,7	3,3	-0,2	0,4	-0,2	0,0	0,2	0,2
Sahra Wagenknecht	-0,8	-1,9	-0,4	-0,2	-2,1	2,1	-0,5	-0,9	-	-1,6	-1,3	-0,4
Jürgen Trittin	-0,7	-1,7	0,5	1,9	-2,1	-0,2	-2,1	-0,7	-3,4	-2,7	-1,3	-0,6
Katrin Göring-Eckardt	0,0	-0,7	0,9	2,3	-0,5	0,7	-0,8	-1,0	-3,6	-0,4	-0,5	-0,3

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Nachwahlumfrage 2013

Beurteilung verschiedener politischer Parteien

Anhänger von ...

	Durchschnitt	CDU/CSU	SPD	Grüne	FDP	Linke	AfD	Piraten	NPD	FW	Sonst.	k.A., Nichtwähler
CDU	1,4	3,7	0,1	-0,4	2,9	-1,0	-0,9	-1,3	1,5	0,9	-0,3	1,1
CSU	0,5	2,8	-1,2	-1,8	1,9	-1,6	-1,1	-0,9	0,9	-0,1	-0,6	0,3
SPD	1,1	0,3	3,4	2,1	0,5	0,8	-0,2	-0,2	-2,9	-0,2	0,1	0,9
Grüne	0,0	-0,6	1,3	3,6	-0,6	-0,1	-1,4	-0,4	-3,2	-0,8	-1,5	-0,7
FDP	-1,5	-0,6	-2,3	-2,9	3,0	-2,9	-2,8	-2,9	-0,4	-1,3	-2,9	-1,5
Linke	-1,3	-2,7	-0,6	-0,5	-2,9	3,0	-1,1	-0,5	-1,2	-2,2	-0,9	-1,1
AfD	-1,7	-2,1	-2,5	-2,9	-1,5	-2,0	3,8	-1,5	0,0	-3,1	-0,5	-1,2
Piraten	-2,4	-3,0	-2,6	-1,7	-3,1	-2,2	-2,5	3,5	-1,0	-2,6	-2,1	-2,0

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Nachwahlumfrage 2013

Bei den Bundestagswahlen 1998, 2002 und 2009 gab es unmittelbar nach der Wahl erhebliche Verschiebungen im Meinungsklima. 1998 und 2002 brach die Stimmung gegenüber der SPD ein und 2009 verlor die FDP rasch an Unterstützung. Bei dieser Bundestagswahl ist die politische Stimmung stabil. In Kenntnis des Wahlergebnisses hätten sich nach der Bundestagswahl 77 Prozent der Wahlberechtigten genauso entschieden wie am Wahltag. Von den Wählern der Bundestagsparteien hätten etwa 90 Prozent ihre Partei erneut unterstützt. Von den damaligen FDP Wählern hätte sich etwa ein Viertel für die Union entschieden. Diejenigen, die sich anders entschieden hätten, verteilen sich recht homogen auf alle anderen Parteien. Kurzum: Hätte die Bundestagswahlentscheidung revidiert werden können und es wäre erneut zu einer Abstimmung gekommen, hätte es nur minimale Veränderungen gegeben. Dies hätte eventuell zu einem anderen politischen Ergebnis führen können, doch ist dies rein spekulativ.

2. Nichtwähler bei der Bundestagswahl 2013

Positive Wahlkampfeffekte entfalten in der Gruppe der Nichtwähler eine geringere Resonanz als bei Wählern. Problematisch - wie in allen Umfragen - ist jedoch die Erfassung der Nichtwähler. Generell - so auch hier - ist der Anteil der Nichtwähler in Umfragen immer kleiner als der tatsächliche Anteil bei Wahlen. Der Unterschied beträgt fast immer etwa 10 Prozentpunkte. In dieser Umfrage gaben sich 83 Prozent als Wähler aus. Bei einer Wahlbeteiligung von 71,5 Prozent ist dies ein zu erwartender Unterschied.

Eines der Probleme der Nichtwählerforschung stellt der Effekt des sogenannten „Overreportings“ dar. Danach neigen Befragte mit einem höheren sozialen Status dazu, ihre Wahlbeteiligung zu überschätzen. Für die Nichtwählerforschung, vor allem für die Erfassung der Sozialstruktur, stellt dies ein großes Problem dar.

Nichtwähler unterscheiden sich in ihren Einstellungen deutlich von Wählern. Insgesamt zeigen sie eine größere Distanz zur Politik. Nur für 48 Prozent der Nichtwähler war der Wahlausgang wichtig (Durchschnitt 74 Prozent). Sie werden auch im Rahmen von Kampagnen schwächer involviert. Interesse am Wahlkampf zeigten 28 Prozent der Nichtwähler und 42 Prozent aller Befragten. Politik wird von mehr Nichtwählern als Wählern als zu anstrengend empfunden. So stimmten 46 Prozent der Nichtwähler der Aussage zu „Manchmal ist es mir zu viel, zu verfolgen, was in der Politik passiert“ (Durchschnitt 38 Prozent).

Auch die Wahlnorm (also die empfundene Pflicht, zur Wahl zu gehen), ist bei Nichtwählern schwächer ausgeprägt. 79 Prozent aller Wahlberechtigten befürworten die Wahlnorm, bei den Nichtwählern sind es 62 Prozent. Dies korrespondiert mit einem Umfeld, in dem Nichtwählen zumindest unter dem Aspekt der „sozialen Wünschbarkeit“ auch eine größere Akzeptanz findet, da im Umfeld der Nichtwähler insgesamt seltener gewählt wird. So sagen 70 Prozent

aller Wahlberechtigten: „Viele meiner Freunde sind zur Bundestagswahl gegangen“. Der entsprechende Anteil bei den Nichtwählern beträgt 59 Prozent.

Die größere Entfremdung gegenüber Parteien, Politik und Politikern zieht sich wie ein roter Faden durch alle Befunde. Daher soll hier nur eine kleine Auswahl dargestellt werden: Während 34 Prozent aller Befragten über keine Parteiidentifikation verfügen, beträgt der Anteil bei den Nichtwählern 64 Prozent. 18 Prozent der Wahlberechtigten trauen keiner Partei die Lösung des für sie relevanten Problems zu, bei den Nichtwählern sind es 27 Prozent.